Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 02. - 04. Oktober 2026

A1: Wehrhaft für den Frieden - Grüne Rüstungspolitik europäisch neu definiert - Programmatisches Papier (Entwurf)

ÄNDERUNGSANTRAG Ä23

*Antragsteller*in:* *Martin Pilgram*

Antragstext

Nach Zeile 231 einfügen:

8. Maßnahmen

Glaubwürdig können wir nur bleiben, wenn wir einem pragmatischen Papier zur Rüstungspolitik auch erste Schritte anfügen, wie die beschriebenen Leitlinien auch in Politik überführt werden können. Dazu wollen wir an dieser Stelle erste Schritte ansprechen, bei denen es allerdings nicht bleiben darf.
Gewinne der Rüstungskonzerne begrenzen: Bündnis 90 / DIE GRÜNEN erarbeiten ein Konzept zur Begrenzung von Gewinnen von Rüstungskonzernen und drängen mit Nachdruck auf die danach nötige Umsetzung im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit.

Begründung

Wie schon im Eingangssatz beschrieben hängt unsere Glaubwürdigkeit auch an der praktische Umsetzung unserer Forderungen.
Wie Rüstungsgewinne begrenzt werden können, hat etwa der wissenschaftliche Dienst des Europaparlaments (EPRS) für Projekte auf EU-Ebene auf eine grüne Anfrage ausgearbeitet.
Darin zeigt er drei Möglichkeiten auf:

- Gewinne per Steuer abschöpfen (Übergewinnsteuer)
- Der Staat als Eigentümer
- Bessere Verträge

Diese Möglichkeiten könnten auch für deutsche Verhältnisse in Erwägung gezogen werden. Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten ist der Anteil an Staatsbeteiligungen bei uns zudem relativ gering.

Gerade heute ist fließen hunderte Milliarden Im Umgang mit diesem Geld sollte es bei den Verantwortlichen auch einen hohen Grad damit geben. Diese Verantwortung wird aber bei den hohen Gewinnen bislang zu wenig eingefordert. Der Markt für Rüstungsgüter funktioniert nicht wie jeder anderer. Es gibt kaum Wettbewerb, und die meisten Aufträge kommen direkt vom Staat, also über die Steuergelder seiner Bürger*innen.

Beispielhaft für deutsche Rüstungsunternehmen steht hierbei die börsennotierte Rheinmetall AG. Der Technologiekonzern der Verteidigungsindustrie verbuchte in den letzten Jahren steigende Gewinne von 291 Millionen € (2021) auf 717 Millionen € (2024). Der Kurs der Rheinmetall-Aktie stieg dabei von 83 € (30.12.2021) auf 1.908 € (06.10.2025). An die Aktionär*innen konnte der Konzern 2022 eine Dividende von 143 Millionen € ausschütten, zwei Jahre später erhöhte sich der Betrag im Jahr 2024 schon auf 248 Millionen €.

Zusätzlich wird auch eine Reform des Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw), die schon in der Diskussion zum 100 Millionen „Sondervermögens Bundeswehr“ 2022 angemahnt wurde, dringend benötigt.

Unabhängig, wie man zu den Notwendigkeiten von Investitionen im Verteidigungssektor steht, muss es für Bündnis 90 / DIE GRÜNEN oberstes Ziel sein, verantwortungsbewusst und transparent mit dem Geld der Steuerzahler*innen umzugehen. Riesige Gewinne auf der einen Seite und Einsparungen von Sozialleistungen auf der anderen Seite können den Wähler*innen nicht vermittelt werden und erzeugen weiteren Unmut über die Politik.